

Eine Initiative der Spitzenverbände der  
ostdeutschen Wirtschaft

# Aufbau Ost voranbringen!

Sicherung der Zukunft der neuen Länder als  
Investitions- und Innovationsstandort

Vereinigung der Unternehmensverbände  
in Berlin und Brandenburg e.V.



Vereinigung der Unternehmensverbände  
für Mecklenburg-Vorpommern e.V.



Vereinigung der  
Sächsischen Wirtschaft e.V.



Landesvereinigung der Arbeitgeber- und  
Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e.V.



Verband der  
Wirtschaft Thüringens e.V.



Vorwort	2
1. Die aktuelle Diskussion um den Aufbau Ost	4
1.1. Tatsächliche Mittel für Wirtschaftsförderung	4
1.2. Trotz Erfolgen – Strukturwandel noch nicht abgeschlossen	4
2. Veränderte Rahmenbedingungen: Die EU-Erweiterung	7
2.1. Chancen der EU-Erweiterung	7
2.2. Zunehmender Standortwettbewerb	7
3. Standortvorteile der neuen Bundesländer	10
3.1. Arbeitskosten	10
3.2. Qualifiziertes Personal	10
3.3. Verkehrsanbindung	11
3.4. Verfügbare Gewerbeflächen	11
3.5. Weitere Standortvorteile	12
4. Forderungen der ostdeutschen Spitzenverbände	13
4.1. Richtige Weichenstellungen durch Intensivierung der Wirtschaftsförderung	13
4.1.1. Fortführung der EU-Strukturförderung für Ostdeutschland	13
4.1.2. Fortsetzung der Investitionszulage	14
4.1.3. Fortsetzung der Gemeinschaftsaufgabe (GA) auch nach 2006	15
4.1.4. Investitionsförderung auch außerhalb von Wachstumsregionen	15
4.2. Verwendung der Mittel aus dem Solidarpakt II	16
4.3. Ausbau der Infrastruktur	17
4.4. Stärkere Förderung von Wissenschaft und Forschung	19
4.5. Abschaffung innovationshemmender Regelungen	19
4.6. Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt	20
5. Ausblick	22
6. Die Spitzenverbände im Überblick	23
7. Die Aufgaben der Spitzenverbände	24

Eine Gruppe um den ehemaligen ersten Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, hat im April dieses Jahres mit ihrer überwiegend negativen Wirkungsbilanz des Aufbau Ost eine lebhaft Diskussions um den Standort „Neue Bundesländer“ gestartet. Die Forderung, den Aufbau Ost wieder als vorrangiges Ziel deutscher Politik zu begreifen und die Wachstumsschwäche energischer an den Wurzeln zu bekämpfen, fand in der Öffentlichkeit ein breites Echo. So kamen Konzepte wie „Sonderwirtschaftszone“, „Niedriglohnsektor“ sowie eine Konzentration der Wirtschaftsförderung auf so genannte „Cluster“ oder „Wachstumskerne“ wiederholt ins Gespräch.

Die teilweise emotional geführte Debatte um einen effizienteren Weg zum Aufbau Ost hat den Eindruck vermittelt, dass Geld aus dem Kapitaltransfer von Westdeutschland in die neuen Bundesländer weitgehend „versickert“ sei und die Wirtschaft Ostdeutschlands das Gesamtwachstum in Deutschland behindere.

Die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft wollen diese Debatte aufgreifen und versachlichen. Es soll gezeigt werden, dass die bisherigen Mittel im Aufbau Ost Erfolge und Fortschritte herbeigeführt haben, der Strukturwandel aber jedoch noch nicht umfassend abgeschlossen ist. Die neuen Bundesländer sind nach wie vor auf die Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis angewiesen.

In dieser Phase sieht sich Ostdeutschland durch die Erweiterung der Europäischen Union am 01.05.2004 neuen Herausforderungen ausgesetzt. Zwar eröffnen sich große Chancen für die heimischen Unternehmen durch einen vergrößerten Absatzmarkt. Doch gleichzeitig

wird der Standortwettbewerb zunehmen und weitere nationale und europäische Mittel und Instrumente der Investitionsförderung notwendig machen.

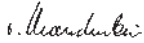
Aber auch heute schon hat Ostdeutschland gute Argumente, die in dem zunehmenden Wettbewerb der Standorte eindeutig für die neuen Bundesländer sprechen. Hierzu zählt beispielsweise die Infrastruktur.

Die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft – als Vertreter der Gesamtinteressen der Unternehmen in den neuen Bundesländern – kommen nach eingehender Analyse zu dem Ergebnis, dass die bisherige Förderpolitik in Bezug auf den Aufbau Ost nicht grundsätzlich verfehlt war, sondern aufgrund der schwachen konjunkturellen Situation in den letzten Jahren nicht voll zur Geltung kommen konnte. Überlegungen, die Mittel für den Aufbau Ost zu kürzen, erteilen die Spitzenverbände insbesondere vor dem Hintergrund des gestiegenen Standortwettbewerbs eine klare Absage.

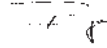
Die Initiative „Sicherung der Zukunft der neuen Länder als Investitions- und Innovationsstandort“ will den Weg Ostdeutschlands hin zu einem konkurrenzfähigen Investitions- und vor allem Innovationsstandort beschleunigen. Zentrales Anliegen ist es, das Verarbeitende Gewerbe als Motor der Wirtschaft in den neuen Ländern weiterzuentwickeln und zu stärken.

Es gilt, im Wettbewerb der Standorte Zeichen für die Attraktivität der neuen Bundesländer zu setzen!

Berlin, 28. Juni 2004



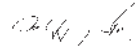
Gerd von Brandenstein  
Vereinigung der Unternehmensverbände  
in Berlin und Brandenburg e.V.



Dr. Helge Fänger  
Landesvereinigung der Arbeitgeber- und  
Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e.V.



Walter Botschatzki  
Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.



Wolfgang Heinze  
Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V.



Klaus Hering  
Vereinigung der Unternehmensverbände  
für Mecklenburg-Vorpommern e.V.

# 1. DIE AKTUELLE DISKUSSION UM DEN AUFBAU OST

Ende April 2004 stellte eine Regierungskommission einen Bericht zum Aufbau Ost vor. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die gegenwärtigen Regelungen ineffizient seien. Es wurde eine Kurskorrektur gefordert, die u.a. folgendes beinhalten möge:

- Einführung einer „Sonderwirtschaftszone-Ost“ mit speziellen Steuererleichterungen und besonderer Flexibilität in der Lohnpolitik;
- eine deutlichere Konzentration der Wirtschaftsförderung und Infrastruktur auf regionale Schwerpunkte („Wachstumskerne“, „Cluster“);
- eine stärkere Umverteilung der Gelder, die für Forschung und Entwicklung vorgesehen sind, zugunsten von Ostdeutschland, wobei die Verteilung den Interessen der Wachstumskern-Regionen entsprechen müsste; dadurch könnten Unternehmen veranlasst werden, einen Teil ihrer Forschungsstätigkeit in die neuen Länder zu verlagern;
- Ostdeutschland müsse zudem von der Regulierungsdichte befreit werden.

Die Kommission befürchtet, bei einem anhaltenden, wenn nicht gar wachsenden Ost-West-Gefälle, eine fortdauernde hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und eventuell sogar steigende finanzielle Belastungen der gesamten Nation. Dies würde die Entwicklung von ganz Deutschland behindern. Insofern müsste die Bundesregierung sehr viel deutlicher allen Deutschen klar machen, warum der Aufbau Ost Priorität für das ganze Land haben müsse.

Die im Anschluss an die Veröffentlichung des Berichtes einsetzende öffentliche Diskussion wurde – wie vielleicht zu erwarten – in weiten Teilen emotional geführt. Es wurde wiederholt u.a. der Eindruck vermittelt, Geld aus dem Kapitaltransfer von West- nach Ostdeutschland sei versickert bzw. ineffizient verwendet worden.

Die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft wollen diese Diskussion versachlichen. Hierzu sind die Aufbauleistungen in den neuen Ländern differenzierter darzustellen, als es zurzeit allgemein geschieht.

Im Jahr 2003 beliefen sich die Nettoszah-lungen nach Ostdeutschland auf

83 Mrd. Euro, was etwa 4% des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Nach Aussagen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) ist das jedoch keine Größenordnung, welche die westdeutsche Wirtschaft deutlich schwächt. Die Hälfte dieses Transfers entfällt auf Sozialleistungen – also auf einen Rechtsanspruch gegenüber den staatlichen Sozialversicherungssystemen –, die jedem Bundesbürger zustehen und damit keine Sonderregelungen für Ostdeutschland darstel-

## 1.1. Tatsächliche Mittel für Wirtschaftsförderung

### Sachsen-Anhalt: The Dow Chemical Company

The Dow Chemical Company ist seit 1995 in Mitteldeutschland präsent. Nach der abgeschlossenen Restrukturierung traditionsreicher Chemiestandorte in Sachsen-Anhalt (Schkopau, Leuna) und Sachsen (Böhlen) ist die Dow Olefinverbund GmbH heute größter Kunststoffproduzent in den neuen Bundesländern. Gleichzeitig zählt das Unternehmen mit 2.300 Mitarbeitern zu den wichtigsten Arbeitgebern der Region. Mit innovativen Technologien und Produkten sorgt Dow für wirtschaftliche Impulse. Neue Wege geht Dow aber auch in der Kooperation mit Kunden und Geschäftspartnern. Im ValuePark®, einem Industriepark in unmittelbarer Nähe der Produktionsanlagen, haben sich inzwischen dreizehn Firmen der Kunststoff verarbeitenden Industrie und Dienstleister angesiedelt. Darunter ist auch ein Demonstrationszentrum für Polymersynthesen der Fraunhofer-Gesellschaft. So wird die Profilierung der Region zu einem Zentrum der Polymerentwicklung wirksam vorangetrieben.

len. Weiterhin erhalten die Länder – in der Größenordnung von einem Drittel der Transferzahlungen – Geld zur Finanzierung ihrer einnahmeschwachen Länder- und Kommunenhaushalte sowie für Infrastrukturmaßnahmen. Diese Ansprüche haben nicht nur die neuen, sondern alle Länder, die unterdurchschnittlich mit eigenen Steuereinnahmen ausgestattet sind.

Nur 9% (ca. 7,5 Mrd. Euro) fließen als Subventionen unmittelbar in die Wirtschaftsförderung. Betrachtet man den Zeitraum von 1991 bis 2003, so betrug der Anteil der Wirtschaftsförderung rund 10% am gesamten Transfer. Trotz dieses relativ geringen Anteils hat es Erfolge gegeben, die zeigen, dass von einer Fehlverwendung der Mittel bzw. einer Gießkannenförderung keine Rede sein kann.

## 1.2. Trotz Erfolgen – Strukturwandel noch nicht abgeschlossen

Drei Jahre schwaches Wirtschaftswachstum in Deutschland haben

auch Spuren in den neuen Ländern hinterlassen und dazu geführt, dass die Förderinstrumente nicht voll zur Geltung kommen konnten. Damit wurde der Aufholprozess gebremst.

Trotz dieser Entwicklung zeigt die Industrie in einigen Regionen Ostdeutschlands jedoch Stärke und ist der Motor im Aufbau Ost:

- Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe der neuen Länder<sup>1</sup> verlief im Jahr 2003 mit einem Wachstum der Bruttowertschöpfung von 4,4% besser als in den alten Bundesländern (-0,5%).<sup>2</sup> Überdurchschnittliche Wachstumsraten der Produktion im Jahr 2003 erzielten die Bereiche Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und Elektrotechnik mit 14% und der Sektor Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren mit knapp 13%. Die chemische Industrie steigerte die Produktion im Jahr 2003 um ca. 4% und der Fahrzeugbau um 5,4%.<sup>3</sup>

- Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer sind mittlerweile in allen neuen Ländern ein wichtiger Wirtschaftsbereich.<sup>4</sup> Im Osten sind inzwischen sechs deutsche Fahrzeughersteller etabliert und in ihren Werken mehr als 23.000 Mitarbeiter beschäftigt. Fast 50 Prozent der weltweit 100 größten Zulieferunternehmen unterhalten Produktionsstätten in den neuen Bundesländern.

- Das Verarbeitende Gewerbe hat dadurch seinen Anteil an der gesamten Wertschöpfung Ostdeutschlands auf nunmehr 16% ausbauen können (Westdeutschland: 23,5%).<sup>5</sup> Die schwache Entwicklung des Bruttoinlandspro-

### Mecklenburg-Vorpommern: High-Performance Aircraft GmbH & Co. KG

Auch mit kleiner Startmannschaft von 17 Mitarbeitern entstehen innovative neue Produkte wie z.B. das 5-sitzige Reiseverkehrsflugzeug mit Dieselmotorenantrieb „TT62 Alekto“ der High-Performance Aircraft GmbH & Co. KG. Seit November 2003 hat die Firma die Produktion in Usedom aufgenommen. Für den Frühsommer 2004 ist der Erstflug geplant. Die Serienfertigung soll Ende 2005 anlaufen, dann mit einem Stammpersonal von etwa 45 Mann. Die Geschäftsführung betont, dass für das neue Flugzeug sehr gute Marktchancen bestehen, da es ein schnelles, preis- und betriebskostengünstiges Flugzeug ist, das durch die innovative Antriebstechnik ein hervorragendes Individualverkehrsmittel darstellt. Derzeit liegen bereits 50 Bestellungen für das Flugzeug vor.

dukts resultiert insbesondere aus der rückläufigen Wertschöpfung im Baugewerbe. Deren Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung der neuen Länder ist von 16,0% (1996) auf 7,9% (2002) gesunken.

- Auch hinsichtlich der Beschäftigung ist der Anteil der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe gemessen an allen Erwerbstätigen

## **Berlin: HVB Hoch-Vakuum Beschichtungs GmbH & Co. KG**

Aus der Arbeitslosigkeit wagte der Elektrotechnik-Ingenieur Henry Maek den Sprung in die Selbständigkeit und gründete 1999 in Berlin die HVB Hoch-Vakuum Beschichtungs GmbH & Co. KG. Die Idee: im Bereich der Lebensmittelverpackung existiert ein wachsender Bedarf nach metallisierten Folien für die Verpackung von Kaffee, Chips oder Tiernahrung. Die HVB stellt diese Folien her. Sie können aufgrund modernster Anlagen in besonderer Qualität und hohen Mengen produziert werden. Die Mitarbeiterzahl stieg von 5 auf mittlerweile 44. Die produzierte Menge beläuft sich nun auf 5.000 to./Jahr. Das Unternehmen unterhält Geschäftsbeziehungen mit Dänemark, Benelux, Groß-Britannien, Österreich, Schweiz, Spanien und Tschechien.

Ostdeutschlands von 14,7% (1997) auf 15,3% (2002) gestiegen.

- Positive Signale kommen auch aus dem Außenhandel: Die Auslandsorientierung der neuen Länder (ohne Berlin) im Jahr 2003 hat sich mit einer erneut leicht erhöhten Exportquote von 24,5% weiter verstärkt – liegt aber noch deutlich unter der Exportquote der alten Länder von 39,3%.<sup>6</sup> Allerdings ist auch zu beachten, dass der Exporterfolg der Produkte aus den neuen Ländern größer ist, als dies die Exportquote vermittelt. Denn zahlreiche Teile, die aus ostdeutschen Betrieben stammen, werden zunächst in den Westen Deutschlands geliefert, dort in Produkte eingebaut und finden so indirekt ihren Weg auf ausländische Märkte.<sup>7</sup>

Trotz dieser positiven Entwicklungen muss man jedoch feststellen, dass dieses zwar wichtige Schritte waren, der Strukturwandel aber noch nicht abgeschlossen ist.

So lag das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Jahr 2003 in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) bei 17.600 Euro. In den alten Ländern lag der entsprechende Wert bei 27.700 Euro. Dies entsprach einem BIP pro Kopf in Ostdeutschland von nur 74,5% des Westniveaus.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist eine zu schmale industrielle Basis in den neuen Ländern. Ein weiterer Indikator ist die Verteilung der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe. Hier arbeiten in Ostdeutschland 16% der Beschäftigten, während in Westdeutschland rund ein Viertel in der Industrie tätig ist. Weiterhin arbeiten mehr Beschäftigte in Westdeutschland in großen Unternehmen (über 100 Beschäftigte, 45%) als in den neuen Bundesländern (38%)<sup>8</sup>.

Deshalb müssen auch weiterhin Anreize bestehen, die insbesondere Großinvestitionen in Ostdeutschland ermöglichen. Außerdem hängt die Wirkungsweise der Fördermittel unmittelbar mit der konjunkturellen Lage zusammen. Nach drei Jahren wirtschaftlicher Stagnation in Deutschland und einer nur mäßigen Entwicklung in Europa konnten die Investitionsförderungsinstrumente ihre Wirkung nicht voll entfalten.

Zusätzlich zu dem noch nicht abgeschlossenen Strukturwandel sieht sich Ostdeutschland neuen Herausforderungen gegenüber ausgesetzt, die aus der Erweiterung der Europäischen Union resultieren.

# 2. VERÄNDERTE RAHMENBEDINGUNGEN: DIE EU-ERWEITERUNG

## 2.1. Chancen der EU-Erweiterung

Seit dem 01. Mai 2004 zählt die Europäische Union 25 Mitgliedsstaaten. Mit Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Slowenien sowie den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sind 8 Staaten Mittel- und Osteuropas der Europäischen Union beigetreten; des weiteren Malta und Zypern. Ein zweifelsohne historisches Ereignis.

Die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft sehen in dieser Erweiterung eine große Chance für Ostdeutschland. Die neuen Märkte in Mittel- und Osteuropa werden für die Unternehmen in den nächsten Jahren viele Möglichkeiten für interessante Kooperationen und Betätigungen eröffnen. Wir erwarten durch den um 74 Millionen Menschen erweiterten Absatzmarkt eine Zunahme des Außenhandels zwischen den neuen EU-Mitgliedsstaaten und Ostdeutschland.

Der Zugang zu den westlichen Märkten in den neunziger Jahren hat in den neuen EU-Staaten einen Aufholprozess in Gang gesetzt, der durch hohe jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes gekennzeichnet ist. In einer Prognose für das Jahr 2004 wird das BIP-Wachstum in den Beitrittsstaaten zwischen 3,3% (Tschechien, Ungarn) und 5,7% (Litauen) geschätzt. Für Polen wird eine Zunahme um 4,0% erwartet.

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Dynamik sind die ehemaligen Beitrittsstaaten für deutsche Unternehmen bereits in den letzten Jahren zunehmend interessant geworden. Viele Unternehmen betrachten die Staaten Mittel- und Osteuropas als Absatz- und Zuliefermärkte. Immer mehr Unternehmen gehen Kooperationen ein und gründen dort Vertriebsniederlassungen. Diese Aktivitäten spiegeln sich auch in den Außenhandelszahlen wider.

Deutschland exportierte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2003 Wa-

ren im Wert von 56,5 Milliarden Euro in die Beitrittsstaaten. Die Importe betragen 57,3 Milliarden Euro. Zum Vergleich: In die USA wurden Warenwerte in Höhe von 61,7 Milliarden Euro geliefert. Die Importe betragen 39,0 Milliarden Euro und damit deutlich weniger als der entsprechende Wert für die Beitrittsstaaten.

Aus den Zahlen wird sehr deutlich, dass bereits heute enge wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Deutschland und den Beitrittsstaaten bestehen. Aufgrund des erwähnten wirtschaftlichen Aufholprozesses in den MOE-Staaten und des dortigen großen Absatzmarktes wird sich diese Entwicklung weiter verstärken.

Die neuen Märkte in Ost- und Mitteleuropa werden daher auch in den nächsten Jahren große Bedeutung haben und für Geschäftsbeziehungen ostdeutscher Unternehmen interessant sein.

Durch die Erweiterung wird jedoch

## 2.2. Zunehmender Standortwettbewerb

auch der Wettbewerb der Regionen und der Wettbewerb der Standorte in Europa um die Ansiedlung von Unternehmen weiter zunehmen.



*Sachsen-Anhalt: Schnelle Schiffsverbindung zwischen Ost und West durch das neue Wasserstraßenkreuz Magdeburg*

Die Beitrittsstaaten werben mit erheblich niedrigeren Lohnkosten und geringen Steuersätzen. Das Statistische Amt der Europäischen Union, Eurostat, hat Mitte letzten Jahres einen Vergleich der Arbeitskosten aller zukünftigen EU-Mitglieder vorgestellt. Demnach hat im Jahr 2000 eine Arbeitsstunde in Industrie und Dienstleistung in Deutschland 26,34 Euro gekostet. Polen zum Vergleich, erreicht mit 4,48 Euro lediglich ein Lohnniveau von 17% des gesamtdeutschen Schnitts. In Lettland, als Land mit den geringsten Arbeitskosten, zahlt man für eine Stunde Arbeit im Durchschnitt nur 2,42 Euro.

### **Brandenburg: ZF Getriebe GmbH**

Einer der Leuchttürme im Land Brandenburg ist zweifelsohne das Werk Brandenburg der ZF Getriebe GmbH. Gut 1.000 Mitarbeiter fertigen hier 6-Gang-Handschatgetriebe. Zu den Kunden zählen so renommierte deutsche Kunden wie BMW, VW und Porsche. Aber auch ausländische Marken beziehen Getriebe aus Brandenburg, so Land Rover und Jaguar. Die in Brandenburg entwickelten Getriebe zeichnen sich in erster Linie durch ihren Schaltkomfort aus. Durch eine Reihe von Optimierungen gegenüber den vorangegangenen 5-Gang-Getrieben konnte ein spürbarer Beitrag zur Kraftstoffminimierung erreicht werden.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Arbeitskosten in Ostdeutschland auch weit unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegen. Das Institut der deutschen Wirtschaft bezifferte im August 2003 die Arbeitskosten pro Stunde in Ostdeutschland auf 16,43 Euro. In Westdeutschland lag der Wert bei 26,36 Euro und somit um über 60% höher.

Das ist ein Standortvorteil Ostdeutschlands gegenüber den westdeutschen Bundesländern und den meisten westeuropäischen Staaten.

Darüber hinaus haben viele der neuen EU-Staaten ihr Steuersystem im Zuge der Anpassung ihres nationalen Rechts auf EU-Recht radikal umgestellt und Reformen durchgeführt, die bei uns in Deutschland so schwer fallen.

Körperschaftssteuersätze von 19% und 12% wurden eingeführt bzw. werden diskutiert. In Estland müssen Unternehmen auf einbehaltenen Gewinne zur Zeit überhaupt keine Steuern zahlen. In Deutschland liegt die tarifliche Steuerbelastung von Unternehmen bei 40 Prozent, mehr als doppelt so hoch wie in einigen der Beitrittsstaaten.

Geringe Lohnkosten und Steuersätze, das sind klare Werbebotschaften der neuen Mitgliedsstaaten. Die Unternehmen prüfen vor diesem Hintergrund verständlicherweise verstärkt ein Engagement in den Beitrittsstaaten. Diesem Wettbewerb muss sich Ostdeutschland stellen. Die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft sehen es als wichtigstes Ziel an, die Unternehmen in Deutschland zu halten und die Arbeitsplätze in der Region zu sichern. Dazu müssen in Deutschland entsprechende rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Unternehmen den Verbleib im Lande zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang ist u.a. auch auf die europäische Strukturförderung hinzuweisen und den am 18.02.2004 von der Europäischen Kommission vorgestellten dritten Kohäsionsbericht. In dem Bericht zieht die Kommission ein Zwischenfazit der Förderperiode 2000-2006 und gibt einen Ausblick auf die Förderperiode 2007-2013.

Alle neuen EU-Staaten werden demnach zukünftig den Status einer Ziel-1-Region haben – ein Gebiet, in dem das BIP pro Kopf weniger als 75% des EU-Durchschnitts beträgt. Umfangreiche Fördermittel werden aus diesem Grund in die Beitrittsstaaten fließen.

## **Brandenburg: Rolls-Royce Deutschland Ltd. & Co KG**

1990 gründete Rolls-Royce mit BMW in Dahlewitz, südlich von Berlin, ein deutsches Unternehmen, um in Deutschland erstmalig zivile Strahltriebwerke für den weltweiten Markt zu entwickeln. Nach dem Start der Serienmontage im Jahre 1996 werden in Dahlewitz inzwischen jährlich bis zu 260 Triebwerke mit Umsätzen von mehr als 1 Mrd. Euro produziert. Schwerpunkt der Fertigung ist die Endmontage der Triebwerke der Baureihe BR700 für Langstrecken-Geschäftsreiseflugzeuge wie beispielsweise der Gulfstream 550 und des Bombardier Global Express. Ebenso werden die schubstärkeren Rolls-Royce BR715 Turbofans für die hundersitzige Boeing 717-200 in Dahlewitz produziert. Mit Investitionen von mehr als 200 Mio. Euro in den modernen Standort Dahlewitz hat Rolls-Royce den Prozess der deutschen Wiedervereinigung unterstützt. Gemeinsam mit anderen Investoren der Luft- und Raumfahrt fördert Rolls-Royce die Ansiedlung neuer Unternehmen in der neu entstehenden Luftfahrregion Berlin-Brandenburg.

Um vor diesem Hintergrund im zunehmenden Standortwettbewerb bestehen zu können, ist insbesondere in Ostdeutschland der Einsatz von Strukturfondsgeldern auf heutigem Niveau auch nach 2006 und das Vorhandensein einer attraktiven Investitionsförderung unabdingbar. Um jedoch Instrumente der nationalen Regionalförderung überhaupt anwenden zu können, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die

Europäische Kommission ausreichende beihilferechtliche Spielräume ermöglicht. Das heißt konkret, dass die neuen Bundesländer auch nach 2006 einen Status nach Artikel 87 Abs. 3 a) innehaben müssen. Für Berlin stellt sich eine besondere Situation dar. Um auch weiterhin die GA anwenden zu können und somit ein Fördergefälle zu den anderen ostdeutschen Regionen und insbesondere den neuen EU-Staaten zu verhindern, muss Berlin einen Status als Region nach Artikel 87 Abs. 3 c) erhalten.

Die europäischen Förderinstrumente kamen, wie auch die Mittel des Aufbau Ost, in den letzten Jahren aufgrund der schwachen konjunkturellen Entwicklung nicht voll zur Geltung. Sie sind jedoch auch für die Zukunft ein wichtiger Baustein, den Strukturwandel in Ostdeutschland voranzubringen.

Aber auch heute schon hat Ostdeutschland gute Argumente anzuführen, die in dem beschriebenen und zunehmenden Wettbewerb der Standorte eindeutig für die neuen Bundesländer sprechen.

# 3. STANDORTVORTEILE DER NEUEN BUNDESLÄNDER

In einer kürzlich veröffentlichten Studie des ifo-Instituts-Dresden zu Auswirkungen der EU-Osterweiterung<sup>9</sup> wurden von den befragten Investoren als drei wichtigste Standortfaktoren für eine Investitionsentscheidung genannt:

1. Arbeitskosten
2. Qualifiziertes Personal
3. Verkehrsanbindung

## Sachsen: Infineon, AMD und DuPont

In Dresden hat sich im Umfeld des Mikroelektronik-Clusters eine hochwertige betriebliche Forschungslandschaft etabliert; Unternehmen wie Infineon, AMD und DuPont haben Forschungszentren eingerichtet. Insgesamt sind in Sachsen mehr als 8.000 Mitarbeiter in der Forschung und Entwicklung beschäftigt. Mittlerweile hat der industrielle Mittelstand in Sachsen eine höhere Forschungsintensität als die mittelständischen Unternehmen in Westdeutschland. Neben den bekannten universitären Zentren von Dresden, Leipzig, Chemnitz und Freiberg gibt es weitere bedeutende Forschungsinstitute: sechs Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft, neun Institute sowie Anwendungszentren der Fraunhofer-Gesellschaft und sieben Forschungseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. Daneben gibt es zahlreiche Fachhochschulen und Berufsakademien, die den Unternehmen in allen Regionen Sachsens für Kooperationen und Fachkräftenachwuchs zur Verfügung stehen.

### 3.1. Arbeitskosten

Die Arbeitskosten wurden von den Unternehmen als mit Abstand bedeutendster Standortfaktor eingestuft.

Zunächst ist einzuräumen, dass Ostdeutschland im Vergleich zu den Staaten in Mittel- und Osteuropa bei der Betrachtung von Durchschnittslöhnen einen erheblichen Lohnkostennachteil aufweist.

Die Durchschnittslöhne – statistische Werte bezogen auf alle Arbeitnehmer – liegen z.B. in

den unmittelbaren Nachbarländern Polen und Tschechien bei einem Viertel bis zu einem Drittel des durchschnittlichen Lohnniveaus in Ostdeutschland. Allerdings handelt es sich hier um Durchschnittsbetrachtungen: Die Lohndifferenz gegenüber Ost-Deutschland reduziert sich besonders dann, wenn das investierende Unternehmen für seinen Betrieb in den MOE-Ländern qualifizierte bzw. hochqualifizierte Mitarbeiter benötigt. Experten werden auch in diesen Ländern aufgrund von Engpässen schon bereits stellenweise über westeuropäischem Niveau vergütet.<sup>10</sup>

An dieser Stelle ist aber vielmehr darauf hinzuweisen, dass die Arbeitskosten in Ostdeutschland weit unter dem gesamtdeutschen und auch westeuropäischen Durchschnitt liegen. Das Institut der deutschen Wirtschaft bezifferte im August 2003 die Arbeitskosten (Stundenlohn und Personalzusatzkosten je Arbeitsstunde im Verarbeitenden Gewerbe) in Ostdeutschland auf 16,43 Euro. In Westdeutschland lag der Wert beispielsweise bei 26,36 Euro und somit um über 60 % höher.

Hinzu kommt, dass z.B. für die Metall- und Elektroindustrie in Ostdeutschland längere Arbeitszeiten gelten, was auch als Vorteil im Wettbewerb der Standorte anzuführen ist.

Ein weiterer für Unternehmen wichtiger Standortfaktor

### 3.2. Qualifiziertes Personal

ist die Existenz von qualifizierten Arbeitskräften. Die Qualifikation der Arbeitnehmer in Ostdeutschland liegt erkennbar über dem Niveau der MOE-Staaten. Während in Polen 13% (in Tschechien 14%) der Erwerbsbevölkerung über eine hohe Qualifikation (tertiäre Abschlüsse: Universitäts-, Fachhochschul-, Fachhochschulabschluss) verfügt, ist der Anteil der hochqualifizierten Arbeitnehmer z.B. in Brandenburg mit 32% mehr als doppelt so hoch.<sup>11</sup> Der Aufbau einer modernen Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern ist gut

	(1)	(2)	(3) = (1)/(2)
	Autobahnnetz (in km Länge)	Fläche in qkm	Autobahnnetz im Verhältnis zur Landesfläche
Deutschland (2001)	11.712	357.020	3,3%
Neue Bundesländer (2001)	2.159	107.927	2,0%
EU 15 (1999)	49.233	3.154.127	1,6%
Beitrittsländer insg. (1999)	2.850	738.566	0,4%
Polen (2002)	405	312.685	0,1%
Ungarn (2004)	450	93.029	0,5%
Slowakei (2004)	300	49.035	0,6%

Quelle: Bundesverkehrsministerium

voran gekommen. Über 350.000 Studierende lernen an 65 Hochschulen. Obere Plätze in bundesweiten Hochschul- und Forschungsrankings belegen die Qualität ostdeutscher Hochschulen. Besondere Pluspunkte sind wirtschaftsnahe Studiengänge, moderne Infrastruktur und ein optimales Betreuungsverhältnis von Professoren und Studierenden. Die Bedeutung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Standortfaktor steigt ständig. Allein in Berlin sind über 50.000 Menschen mittelbar und unmittelbar im Wissenschaftsbereich tätig. Auch die volkswirtschaftliche Wirkung von Investitionen in den Wissenschaftsbereich sind erheblich. Laut DIW erzeugt jeder in Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen investierte Euro das 3,8fache an regionaler Nachfrage; im Jahr 2000 waren das – umgerechnet – über 3,2 Mrd. Euro.

In den vergangenen Jahren sind im Umfeld der Hochschulen zahlreiche Technologie- und Gründerparks entstanden. Am Wissenschaftsstandort Berlin-Adlershof, dem größten Technologiepark Europas haben sich beispielsweise mehr als 370 Unternehmen mit mehr als 5.300 Beschäftigten angesiedelt.

### 3.3. Verkehrsanbindung

Der überwiegende Teil der Unternehmen misst den Verkehrsanbindungen eine hohe Bedeutung zu. Hier weisen die neuen Bundesländer eindeutige Standortvorteile gegenüber den neuen Nachbarländern aus: Hinsichtlich der Verkehr-

infrastruktur in Polen bewertet das ifo-Institut die Situation so, dass dort angesiedelte Unternehmen „unter starken Wettbewerbsnachteilen gegenüber ihren westeuropäischen Konkurrenten zu leiden haben. Das Straßennetz ist im Hinblick auf das steigende Verkehrsaufkommen unterentwickelt.“

Der schlechte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den MOE-Beitrittsländern ist eines der größten Hemmnisse bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Einige Zahlen mögen dies verdeutlichen:

Auch die Europäische Kommission stellt für Polen fest: „Verkehrs- und sonstige Infrastruktur hindern Polen nach wie vor an der Ausschöpfung seines Wachstumspotentials. Insbesondere die schlechte Qualität des Straßennetzes, das nicht ausreichend erneuert und modernisiert wurde, ist ein Schlüsselfaktor, der die Kosten für die Unternehmen erhöht.“<sup>12</sup>

Die neuen Bundesländer verfügen im Unterschied zu vie-

### 3.4. Verfügbare Gewerbeflächen

len anderen Regionen über ein breites Angebot von Industrie- und Gewerbeflächen mit zumeist neuer Infrastruktur. Im Osten ist noch Raum für Expansionen. Auch über 100 Hektar große und sofort bebaubare Industrieflächen ohne ökologische Auflagen stehen zur Verfügung. Oft können dabei auch Synergien mit anderen Unternehmen des Standortes genutzt werden.

## Mecklenburg-Vorpommern: Yara International ASA

Ein Beispiel ist Yara International ASA, ein weltweit führender Produzent und Verteiler von Mineraldüngern, der mit 203 Beschäftigten und zusätzlich 22 Auszubildenden seit 1991 in Poppendorf bei Rostock produziert und bislang insgesamt 100 Mio. Euro investiert hat. Nach Auskunft der Geschäftsführung ist ein besonderer Standortvorteil nicht nur der nahegelegene Seehafen, sondern auch der auf dem Gelände vorhandene Bahnanschluss, der sofort verfügbare ausreichende Prozessdampf und die eigene Wasserversorgung. Nur wenige Standorte können Ressourcen wie Feuerwehr, Werkschutz, Büroflächen und sogar Baugrund für Wohnhäuser in der Nachbargemeinde bieten.

### 3.5. Weitere Standortvorteile

#### Zulieferstrukturen, Netzwerke,

**Forschungsinfrastruktur:** Für eine kostenoptimierte Produktion und Unternehmenslogistik ist das Vorhandensein regionaler industrieller Zuliefernetzwerke sehr wichtig. Müssen Vorprodukte mangels geeigneter regionaler Anbieter über weite Strecken angeliefert werden, entstehen nicht unerhebliche Kosten. Nach Einschätzung des ifo Institut für Wirtschaftsforschung besteht z.B. weder in Polen noch in Tschechien eine entsprechende moderne gewachsene industrielle Infrastruktur. Die wenigen leistungsfähigen Zulieferer sind untereinander nicht vernetzt. In Ostdeutschland hingegen bestehen derartige effiziente Netzwerke in fast allen Branchen. Viele Netzwerke sind unter Einbeziehung geeigneter Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zu Clustern ausgebaut worden. Der Bereich Forschung und Entwicklung (F&E) hat in Ostdeutschland eine stärkere Bedeutung als in Polen oder Tschechien. Misst man die F&E-Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)<sup>13</sup>, so liegt z.B. Sachsen mit 2,41% weit vor den Werten Polens (0,67%) und Tschechiens (1,3%).

#### Rechtssicherheit und Berechenbarkeit der Verwaltung:

Aufgrund des jungen Rechts in den neuen EU-Mitgliedsstaaten fehlt es gegenwärtig noch an einer fundierten Rechtsprechung bzw. an Grundsatzurteilen oberster Landesgerichte. Dieses führt zu zeitlichen Verzögerungen und Planungsunsicherheiten. Auch die Verwaltung in den Staaten Mittel- und Osteuropas arbeitet noch nicht routiniert. Manches Investment und Engagement in diesen Ländern gestaltet sich daher derzeit noch äußerst schwierig. Auch Probleme mit Korruption werden noch regelmäßig von der Europäischen Kommission angeführt.

**Streiktage:** Ein nicht zu unterschätzender Kostenfaktor für ein unternehmerisches Engagement in den Staaten Mittel- und Osteuropas ist die dort stärker ausgeprägte Streikbereitschaft. In Polen gingen allein im Zeitraum 1997 bis 1999 durch 992 Streiks 177.434 Arbeitstage verloren. Die entsprechenden Zahlen für Deutschland betragen insgesamt nur 36.507 Tage.

**Fazit:** Ostdeutschland hat in den genannten Bereichen klare Vorteile gegenüber den Staaten in Mittel- und Osteuropa. Der durch die EU-Erweiterung zunehmende Standortwettbewerb macht jedoch die Beibehaltung eines geeigneten Investitionsförderinstrumentariums sowie die Schaffung weiterer wachstumsfördernde Rahmenbedingungen zwingend notwendig. Die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft sehen insbesondere in diesen Feldern Handlungsbedarf.

# 4. FORDERUNGEN DER OSTDEUTSCHEN SPITZENVERBÄNDE

## 4.1. Richtige Weichenstellungen durch Intensivierung der Wirtschaftsförderung

Auch in den kommenden Jahren werden weitere Transferzahlungen nach Ostdeutschland notwendig sein. Damit wird deutlich, dass ungeachtet der Mittelverwendung dieser Transfers die Wirtschaftskraft in den neuen Ländern noch nicht für eine sich selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung ausreicht.

Aus diesem Grund ist es nach Überzeugung der ostdeutschen Spitzenverbände in den kommenden Jahren unbedingt erforderlich, die Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern nachhaltig zu stärken. Vor allem das Verarbeitende Gewerbe konnte hier in den vergangenen Jahren gute Erfolge vorweisen. So stieg der Anteil der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in den neuen Ländern ausgehend von 10% 1992 auf nunmehr 16% im Jahr 2003 an. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt auch ein Erfolg der Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern – insbesondere vor dem Hintergrund, dass weniger als 10% der Transferzahlungen in den neuen Ländern in die Wirtschaftsförderung geflossen sind.

Deshalb wäre es das falsche Signal, die Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern zurückzufahren. Vielmehr wird der Erfolg der Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, weitere finanzielle Mittel in die investiven Bereiche zu lenken. Denn nur weitere Investitionen werden Wirtschaftswachstum und zusätzliche Arbeitsplätze induzieren und es zukünftig den neuen Bundesländern ermöglichen, zusätzliche Einnahmen zu generieren, um im Ergebnis zu einer sich selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung und ausgeglichenen öffentlichen Haushalten zu gelangen.

Auch wegen der verschärften Konkurrenzsituation zu den neuen Mitgliedsländern in Mittel- und Osteuropa bleibt deshalb eine attraktive

Investitionsförderung in den nächsten Jahren außerordentlich wichtig.

Die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft fordern die Fortführung der EU-Strukturförderung nach 2006 auf heutigem Niveau für Ostdeutschland und eine besondere Berücksichtigung der Hauptstadt Berlin.

Die Vertreter der ostdeutschen Wirtschaft sind der Auffassung, wie auch die zitierte Studie des ifo-Dresden-Instituts belegt, dass eine Kürzung der finanziellen Zuwendungen aus der

## 4.1.1. Fortführung der EU-Strukturförderung für Ostdeutschland



*Brandenburg: Seit 1997 produziert die Firma Aqua Rotter GmbH am Standort Ludwigsfelde Wassermanagementsysteme und Sanitär-raumausstattungen*

EU-Strukturförderung für Ostdeutschland – insbesondere vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung – eindeutig zu früh kommt. Eine Kürzung der Ziel-1-Förderung würde ganz besonders das Verarbeitende Gewerbe treffen und somit den Motor für den Aufbau Ost schwächen.

Die Unternehmen stehen bereits heute im harten Wettbewerb mit Anbietern aus den Staaten Mittel- und Osteuropas, die mit einem erheblichen Lohnkostenvorteil produzieren. Die Aufnahme der EU-Beitrittsstaaten in die umfangrei-

che Ziel-1-Förderung der neuen Förderperiode sowie eine gleichzeitige Kürzung der EU-Strukturförderung in Ostdeutschland würde zu einem Fördergefälle und einem Standortnachteil für das Verarbeitende Gewerbe führen.

Die ostdeutsche Industrie ist daher auf eine attraktive Investitionsförderung und die Fortsetzung der EU-Förderung auf heutigem Niveau angewiesen.

Darüber hinaus muss es im Rahmen der Strukturförderung nach 2006 möglich sein, Regionen, die auch ohne statistischen Effekt künftig nicht mehr unter Ziel-1 fallen, über befristete Fördermaßnahmen unter der Rubrik „phasing in – Regionen“ im Rahmen der zweiten Gemeinschaftspriorität weiter zu unterstützen.

Auch außerhalb der Ziel-1-Regionen gibt es Regionen, die erhebliche Struktur- und Be-

schäftigungsprobleme aufweisen und einer gesonderten Förderung bedürfen. Aus bekannten historischen Gründen ist hier als Beispiel die Hauptstadt Berlin zu nennen. Trotz dieser strukturellen Probleme hat Berlin eine besondere Bedeutung als wirtschaftlicher Motor für die ganze Region.

Würden ab 2006 keine Möglichkeiten einer Förderung außerhalb von Ziel-1 mehr bestehen, würde Berlin vollständig aus der Förderung herausfallen. Es würde sich ein Fördergefälle gegenüber den ostdeutschen Ländern und natürlich den Regionen der Beitrittsstaaten einstellen, das das Zugpferd Berlin empfindlich schwächen würde und entsprechende negative Auswirkungen für die ganze Region zur Folge hätte.

Um die finanziellen Mittel aus den europäischen Strukturfonds gemeinsam mit einer nationalen Kofinanzierung für Instrumente der Regionalförderung (GA, Investitionszulage) überhaupt anwenden zu können, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Europäische Kommission ausreichende beihilferechtliche Spielräume ermöglicht. Die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft fordern daher konkret, dass die neuen Bundesländer auch nach 2006 einen Status nach Artikel 87 Abs. 3 a) EGV innehaben müssen.

Für Berlin stellt sich eine besondere Situation dar. Es ist notwendig, dass Berlin auch weiterhin den Status einer Region nach Artikel 87 Abs. 3 c) EGV erhält. Als zusätzliche Kategorie förderfähiger Regionen im Sinne des Artikel 87 Abs. 3 c) EGV sollten daher solche Regionen aufgenommen werden, die sich besonderen Problemen ausgesetzt sehen. Für die Gebietsabgrenzung sind eindeutige sozioökonomische Kriterien festzulegen. Nur so kann garantiert werden, dass auch weiterhin die GA in Berlin angewendet und ein Fördergefälle zu den anderen ostdeutschen Regionen und insbesondere den neuen EU-Staaten verhindert werden kann.

## **Sachsen: BMW AG**

Ohne die EU-Strukturfördermaßnahmen wäre die erfolgreiche Ansiedlung der BMW AG am Standort Leipzig aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht möglich gewesen. Die Strukturfördermaßnahmen sind dabei ein Instrument, das die EU in ausgewählten Regionen eingeführt hat, um - durch die Kommission nachgewiesene - Kosten- bzw. Standortnachteile für Investoren auszugleichen. In der Intention der EU liefert die Gewährung der Strukturhilfe einen wichtigen Beitrag zum Aufbau von Arbeitsplätzen und dient der langfristigen Sicherung von industrieller Produktion in den neuen Bundesländern. Insgesamt wird der Beschäftigungseffekt allein dieser Ansiedlung mittelfristig auf rund 10.000 Arbeitsplätze geschätzt. Die Unterstützungen der EU fließen dabei in letzter Konsequenz nicht zum Investor selbst, sondern weitgehend in die Region. Dem wurde auch dadurch Rechnung getragen, indem der Aufbau und die Einrichtung des Werkes, soweit möglich, mit Hilfe von regionalen Unternehmen durchgeführt wird.

#### 4.1.2. Fortsetzung der Investitionszulage

Ein sehr erfolgreiches Instrument der Wirtschaftsförderung

ist die Investitionszulage. Die Spitzenvertreter der ostdeutschen Wirtschaft haben sich deshalb gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern und dem für den Aufbau Ost zuständigen Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen erfolgreich für eine Fortsetzung der Investitionszulage für betriebliche Investitionen und produktionsnahe Dienstleistungen eingesetzt.

Die nun gefundene Anschlussregelung sieht vor, dass auch Investitionen, die in den Jahren 2005 und 2006 durchgeführt und abgeschlossen werden, durch eine Investitionszulage zwischen 12,5% bis 27,5% (Randregionen des Fördergebietes) unterstützt werden. Dies wird einen wesentlichen Beitrag für eine bessere Entwicklung der Industrie leisten. Der besonderen Vorteile der Investitionszulage sind die Steuerfreiheit, die Berechenbarkeit der zu erwartenden Fördersumme und die gezielte Förderung des Verarbeitenden Gewerbes. Diese Elemente sollten bei der Neuausrichtung der Förderpolitik nach 2006 unbedingt Berücksichtigung finden.

#### 4.1.3. Fortsetzung der Gemeinschaftsaufgabe (GA) auch nach 2006

Ein weiteres Instrument der Wirtschaftsförderung ist die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die so genannten GA-Mittel, mit der Bund und Länder arbeitsplatzschaffende Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und wirtschaftsnahe kommunale Infrastrukturinvestitionen fördern. Die GA ist seit der Genehmigung des 24. Rahmenplans nicht mehr auf eine sachkapitalintensive Investitionsförderung fokussiert, sondern schließt nun als Fördertatbestände Beratung, Schulung, Humankapitalbildung und angewandte Forschung und Entwicklung mit Blick auf die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen mit ein.

Das Mittelvolumen im Jahr 2003 betrug ca. 1,6 Mrd. Euro (Bund und Länder gemeinsam). Dies wurde ergänzt um Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) aus dem EU-Strukturfonds in Höhe von 0,6 Mrd. Euro.

Die GA hat in den vergangenen Jahren den Aufbau eines modernen und leistungsfähigen Kapitalstocks in den Unternehmen unterstützt und maßgeblich zur positiven Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes beigetragen.<sup>14</sup>

Dieses Förderinstrument hat sich bewährt und muss auch nach dem Jahr 2006 fortgesetzt werden. Dabei sollten Forschung und Entwicklungsaufwendungen – aufgrund der langen Vorlaufzeit bei der Entwicklung von Produkten – zukünftig förderfähig sein. Darüber hinaus ist anzustreben, die GA-Förderung steuerfrei zu stellen, und nicht als Betriebseinnahme bei Gewinnen zu versteuern, weil dadurch der Anreiz, in Ostdeutschland zu investieren, weiter erhöht wird.

#### Sachsen:

##### TD Deutsche Klimakompressor GmbH (TDDK)

Dass Pioniersiedlungen außerhalb von Ballungszentren erfolgreich sein können, beweist die TD Deutsche Klimakompressor GmbH (TDDK) in Straßgräbchen/Lausitz, ein Joint Venture der japanischen Firmen Toyota Industries Corporation und DENSO Corporation. Ende 1998 entschied der weltweit führende Hersteller von Kompressoren für Autoklimaanlagen, seinen neuen europäischen Produktionsstandort in dem kleinen Ort Straßgräbchen eine Stunde nördlich von Dresden zu errichten. Ein noch unbebautes, aber erschlossenes Gewerbegebiet sowie die unbürokratische Unterstützung der Behörden ermöglichte den Investoren die zügige Realisierung. In nur fünf Wochen war die Baugenehmigung erteilt, so dass bereits im April 2000 die Produktion startete. Heute beschäftigt das Unternehmen mehr als 300 Mitarbeiter, viele davon aus der Region.

## **Mecklenburg-Vorpommern: Klausner Nordic Timber GmbH & Co. KG**

Ein Beispiel von erfolgreichen Ansiedlungen um einen Nukleus herum ist die Holzverarbeitende Industrie am Seehafen Wismar in Mecklenburg-Vorpommern. 1998 hat sich mit Klausner Nordic Timber GmbH & Co. KG das größte und modernste Einzelsägewerk Europas niedergelassen. Es beschäftigt am Standort Wismar inzwischen 350 Mitarbeiter. Im Umfeld haben sich verschiedenen Dienstleister u.a. ein Brettschichtholzproduzent, ein Spanplattenfertiger, ein Hobelwerk, ein Möbelwerk sowie ein Produzent von Rindenmulch, der die Reststoffe verwertet, niedergelassen. Die Geschäftsführung legt Wert auf die Feststellung, dass bei einer Förderpolitik, die nur die „starken industriellen Kernregionen“ berücksichtigt, es die Ansiedlung in Hafennähe mit einem Investitionsvolumen von 120 Mio. Euro nicht gegeben hätte.

### **4.1.4. Investitionsförderung auch außerhalb von Wachstumsregionen**

Vor dem Hintergrund der großen Haushaltsprobleme

von Bund, Ländern und Kommunen wird bei der Investitionsförderung von einigen Kritikern behauptet, sie wäre wegen des so genannten „Gießkannenprinzips“ nicht effektiv genug. Vorgeschlagen wird eine Schwerpunkt-Förderung: Von der Förderung infrastruktureller Rahmenbedingungen soll zu einer auf Wachstumskerne konzentrierten Unternehmensförderung im Sinne einer Clusterbildung umgeschwenkt werden.<sup>15</sup>

Nach Einschätzung der Ost-Landesvereinigungen trifft die Behauptung, die gegenwärtige Förderung würde nach dem Gieskannenprinzip erfolgen, nicht zu. Vielmehr gibt es bereits in allen Bundesländern einen regional differenzierten Einsatz der Investitionshilfen, der von der Wirtschaftspolitik der Länder bestimmt wird. Auch erinnert die von Politikern geführte Diskussion um die Förderung von sog. 'Wachstumskernen' eher an planwirtschaftliche Züge.

Die Entscheidung für einen optimalen Standort darf nicht von der Politik, sondern kann nur von den betroffenen Unternehmen und ihren nachhaltigen Planungen bestimmt werden. Regionale Branchenschwerpunkte erleichtern häufig weitere Ansiedlungen.

Deshalb müssen auch in Zukunft Großinvestitionen außerhalb von Ballungszentren förderfähig bleiben, da sie häufig einer ganzen Wirtschaftsregion erst eine Perspektive geben. Die Beispiele von BASF in Schwarzheide, PCK in Schwedt oder ZF Getriebe GmbH in Brandenburg unterstreichen dies eindrucksvoll. Auch in Sachsen sind nennenswerte Großinvestitionen sowohl in Ballungszentren wie beispielsweise Infineon, AMD, VW und DuPont in Dresden und VW, Siemens und GKN in Chemnitz/Zwickau als auch außerhalb der Ballungszentren beispielsweise TD Deutsche Klimakompressor GmbH in Straßgräbchen/Lausitz und Takata in Elterlein/Erzgebirge getätigt worden.

Im Rahmen des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen

### **4.2. Verwendung der Mittel aus dem Solidarpaket II**

Konsolidierungsprogramms (FKPG) vom 23. Juni 1993 wurde auch der finanzielle Rahmen für den Aufbau der neuen Länder gesetzlich fixiert. Die Regelung dieses „Solidarpaktes“ beinhaltete für den Zeitraum 1995 bis 2004 „Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen“ (SoBEZ) zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft von 7,1 Mrd. Euro pro Jahr sowie investiv zweckgebundene Finanzhilfen im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) mit einem jährlichen Volumen von 3,4 Mrd. Euro an die neuen Länder und Berlin.

Im Juni 2001 wurde eine Anschlusslösung des Solidarpaktes über das Jahr 2004 hinaus beschlossen. Mit dem so genannten Solidarpaket II sollen die neuen Länder in die Lage versetzt werden, die teilungsbedingten Rückstände in

der Infrastruktur bis zum Jahr 2020 abzubauen und die unterproportionale kommunale Finanzkraft auszugleichen. Der zwischen Bund und Ländern vereinbarte Solidarpaket II gibt den neuen Ländern eine langfristige Planungsgrundlage.

Insgesamt erhalten die ostdeutschen Länder von 2005 bis 2019 Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von insgesamt 156 Mrd. Euro. Der so genannte „Korb I“ mit einem finanziellen Gesamtvolumen von 105 Mrd. Euro umfasst dabei sowohl die bisherigen SoBEZ als auch die bislang im Rahmen des IfG zur Verfügung gestellten Finanzhilfen des Bundes. Die jährliche Zuweisung in Höhe von 3,4 Mrd. Euro aus dem IfG wurden bereits mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in gleicher Höhe in die SoBEZ überführt. Damit entfiel auch die gesetzliche investive Zweckbindung dieser Mittel zu Gunsten einer stärkeren eigenverantwortlichen Verwendung durch die Länder. Hier sehen die Spitzenverbände die Gefahr, dass die Landesregierungen vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslagen der Versuchung erliegen, mit Mitteln aus dem Solidarpaket kurzfristig Haushaltslöcher im nicht investiven Bereich zu stopfen.

Im so genannten „Korb II“ erhalten Berlin und die neuen Länder insgesamt 51 Mrd. Euro für die Gemeinschaftsaufgaben, Finanzhilfen, EU-Strukturfondsmittel und die Investitionszulage. Während die Mittel bis 2008 relativ konstant bleiben, werden diese Mittel in den Jahren danach bis zum Auslaufen 2019 eine kontinuierlich sinken. Deshalb wird es in den kommenden 4 Jahren darauf ankommen, dass in der Phase, in der der Bund noch relativ konstant Mittel für den Auf- und Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung stellt, die Mittel auf Landesebene nicht systematisch gekürzt werden, weil es sonst ab 2009 zu einem verstärkenden Effekt kommt, wenn die Bundesmittel zurückgeführt werden.

Die Spitzenverbände rufen daher die Landesregierungen auf, die Mittel aus dem Solidarpaket II wie vereinbart schwerpunktmäßig für Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur, die Investitionsförderung der Unternehmen und für die Verstärkung öffentlicher Investitionen zu nutzen und nicht konsumtiv zur Finanzierung von Sozialstandards und Personalausgaben zu verwenden. Sinnvoll wäre auch eine Selbstverpflichtung, mit der die Länder gegenüber der Öffentlichkeit dokumentieren

### Solidarpaktmittel der neuen Bundesländer in Mrd. Euro

Jahr	Brandenburg	Berlin	Mecklenb. Vorp.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
2002	1,493	2,003	1,113	2,752	1,661	1,510
2003	1,493	2,003	1,113	2,752	1,661	1,510
2004	1,493	2,003	1,113	2,752	1,661	1,510
2005	1,509	2,003	1,110	2,746	1,657	1,507
2006	1,502	1,994	1,104	2,733	1,649	1,500
2007	1,487	1,974	1,094	2,706	1,633	1,485
2008	1,465	1,945	1,077	2,666	1,609	1,463
2009	1,362	1,809	1,002	2,480	1,496	1,361
2010	1,253	1,663	0,921	2,280	1,376	1,251
2011	1,150	1,527	0,846	2,093	1,263	1,149
2012	1,040	1,381	0,765	1,893	1,142	1,039
2013	0,938	1,245	0,690	1,707	1,030	0,936
2014	0,828	1,099	0,609	1,507	0,909	0,827
2015	0,725	0,963	0,533	1,320	0,796	0,724
2016	0,615	0,817	0,453	1,120	0,676	0,614
2017	0,513	0,681	0,377	0,933	0,563	0,512
2018	0,403	0,535	0,296	0,733	0,442	0,402
2019	0,300	0,399	0,221	0,547	0,330	0,300

könnten, dass die Solidarpaktmittel tatsächlich in den investiven Bereichen Verwendung finden.

Nur so kann garantiert werden, dass die Mittel effizient verwendet werden, die Wirtschaft stärken und letztlich zur Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West beitragen.

### 4.3. Ausbau der Infrastruktur

Mit der EU-Osterweiterung rücken die neuen Bundesländer von der europäischen Randlage in die Mitte der neuen Gemeinschaft. Dadurch wird sich in Ostdeutschland das Verkehrsaufkommen deutlich erhöhen. Dafür muss eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur vorgehalten werden.

Somit bleibt die weitere Verbesserung der überregionalen und regionalen Infrastruktur eine unverzichtbare Voraussetzung für den Aufbau Ost. Mit ca. 11 Milliarden Euro ist auch dieser Bereich unterdurchschnittlich an den Ausgaben für den Aufbau Ost beteiligt. Nach einer Studie des DIW liegt das Anlagevermögen der ostdeutschen Straßen je Einwohner bei knapp 49% des westdeutschen Niveaus. Auch die Berechnungen des zweiten Fortschrittsberichts der wirtschaftswissenschaftlichen Institute zur Erreichbarkeit ostdeutscher

Regionen zeigen deutlich, dass trotz erheblicher Infrastrukturinvestitionen in den neuen Bundesländern ein erheblicher Nachholbedarf besteht. Das gilt insbesondere für Ostsachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Insgesamt wird die Infrastrukturlücke im Osten Deutschlands auf immer noch 150 Mrd. Euro geschätzt. Dieses Defizit muss so schnell wie möglich abgebaut werden, denn bis 2015 wird die Verkehrsnachfrage allein in Deutschland um rund 60% im Güterverkehr und im Personenverkehr um 20% zunehmen. Ostdeutschland in seiner europäischen Mittellage wird das besonders zu spüren bekommen.

Trotz der massiven Investitionen der letzten 14 Jahre in den Straßenbau in Ostdeutschland dauert es in den neuen Bundesländern immer noch deutlich länger als in Westdeutschland, die Fernverkehrsinfrastruktur über das nachgeordnete Straßennetz zu erreichen. Deswegen müssen auch große Verkehrsprojekte, wie der länderübergreifende Bau der A14, die zukünftig Magdeburg mit Schwerin verbinden soll, schnellstmöglich umgesetzt werden.

Darüber hinaus gilt es, insbesondere die grenzüberschreitende sowie die grenznahe Infrastruktur entlang der MOE-Länder weiter auszubauen. Aufgrund des wirtschaftlichen Nachholbedarfs der mittel- und osteuropäischen Länder werden nach Prognosen einer von der Bundesregierung eingesetzten Verkehrsexpertenkommission die grenzüberschreitenden Güterverkehre bis 2015 um 90% und die Transitverkehre um 105% zunehmen. Für diese starken Zuwächse ist die Verkehrsinfrastruktur der Grenzregion gegenwärtig noch nicht vorbereitet. Allein für den Grenzübergang Frankfurt/Oder werden bis 2015 Zuwächse von 256% bei den PKWs und 340% bei den LKWs erwartet.

Für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur fordern die Spitzenverbände der ostdeutschen



*Berlin: Schon 2006 eröffnet der neue Hauptbahnhof und macht die deutsche Hauptstadt zum europäischen Bahnverkehrsknoten*

*Quelle: Archimation / Tishman Speyer*

Wirtschaft die Erarbeitung und Vorlage eines Stufenplans zur geplanten Angleichung der Infrastrukturausstattung in den neuen Bundesländern an den durchschnittlichen Ausstattungsstandard des alten Bundesgebietes. Die hierfür notwendigen Investitionen müssen – sofern es sich nicht um Bundesprojekte handelt – in den jeweiligen Landeshaushalten abgesichert werden. Dies betrifft auch die Sicherung von investiven Mitteln des Bundes und der EU durch die Bereitstellung der notwendigen Kofinanzierungsmittel durch das Land. Dafür müssen in den kommenden Jahren die Gelder aus dem Solidarpaket II verstärkt in Anspruch genommen werden, bevor diese Mittel ab 2008 kontinuierlich zurückgefahren werden.

#### **4.4. Stärkere Förderung von Wissenschaft und Forschung**

Eine weitere Stabilisierung der ostdeutschen Wirtschaft erfordert den aktiven

Beitrag der öffentlich geförderten Forschung in den neuen Bundesländern einerseits und die massive Verstärkung des industriellen FuE-Potentials andererseits. In der effizienten Vernetzung von beidem liegt die strukturelle Dynamik der Regionen in den Bundesländern.

Die Wissenschaftsausgaben der neuen Bundesländer sind – prozentual gemessen am jeweiligen Landeshaushalt – im Vergleich zu Westdeutschland unterproportional. Beträgt der Wissenschaftsetat 2002 beispielsweise in Nordrhein-Westfalen 10,7% des Landeshaushalts (in absoluten Zahlen: 4,99 Mrd. Euro) und in Bayern 8,5% (2,96 Mrd. Euro), liegt er in Thüringen bei 6,5% (0,59 Mrd. Euro), in Berlin bei 5,5% (1,16 Mrd. Euro) und in Sachsen bei 5,3% (0,85 Mrd. Euro). Brandenburg schließt die Tabelle mit 2,1% (0,21 Mrd. Euro). Um hier nicht den Anschluss zu verlieren, müssen die neuen Bundesländer ihre Aufwendungen für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich deutlich erhöhen. Zielmarken sind 8%.

Auch im Bereich der Forschungs- und Entwicklungsarbeit in den Unternehmen gibt es gravierende strukturelle Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Während in Ostdeutschland beispielsweise über 66% der Forschungs- und Entwicklungsarbeit in kleineren und mittleren Betrieben (KMU) mit bis zu 250 Beschäftigten erfolgt, liegt der entsprechende Anteil in den alten Bundesländern, wo besonders Großunternehmen forschen, nur bei 16%.<sup>16</sup> Dieser strukturellen Besonderheit in den neuen Bundesländern muss auch die Technologieförderung Rechnung tragen. Eine solche Technologieförderung sollte sowohl die Förderung großer Forschungsprojekte als auch die selektive Unterstützung von FuE-Vorhaben in kleinen Unternehmen ermöglichen. Besondere Förderung sollten dabei FuE-Projekte genießen, in die die regionalen Hochschulen und Forschungseinrichtungen eingebunden sind.

Insbesondere auch im Bereich von marktorientierter Forschung und Entwicklung bedarf es einer Intensivierung und – anders als bei der sonstigen Wirtschaftsförderung – einer selektiveren Förderpolitik. Denn alle Indikatoren zeigen, dass die industrielle Produktion im Osten in der Forschungsintensität noch deutlich hinter dem Westen hinterherhinkt. Um die industrielle Innovationskraft und die lokalen Wachstumschancen der lokalen Industrie zu verbessern, muss die marktorientierte Forschung vor Ort gestärkt werden. Dies muss im Verbund mit öffentlichen Einrichtungen der Wissenschaft erfolgen, die im Osten längst etabliert sind und gute Arbeit leisten. Insgesamt muss die Förderpolitik von Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland auf eine breitere Basis gestellt werden. Dabei spielt die effiziente Vernetzung von Fördermöglichkeiten der jeweiligen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Arbeitsministerien eine besondere Rolle. Mit einem integrierten Förderansatz muss in diesem Bereich die Parallelität von arbeitsmarkt-, wirtschafts- und wissenschaftspolitischen Förderinstrumenten beendet werden.

Der Schlüssel zum Erfolg, im Sinne eines durch Forschung induzierten Wirtschaftswachstums, liegt in der Kooperation zwischen Hochschulen und der regionalen Wirtschaft. Indem wirtschafts- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge noch stärker an der Praxis ausgerichtet werden, gelingt es, die junge Generation gezielter auf ein selbständiges Unternehmertum vorzubereiten.

#### 4.5. Abschaffung innovationshemmender Regelungen

Die neuen Bundesländer müssen eine Vorreiterrolle beim Bürokratieabbau einnehmen. Deshalb fordern die ostdeutschen Spitzenverbände ein Investitionsvorranggesetz Ost, welches den neuen Ländern in bestimmten Bereichen Abweichungen von der Bundesgesetzgebung ermöglicht. Ziel eines solchen Gesetzes muss es sein, zu einer deutlichen Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren vor allem im



*Berlin: In Verantwortung für die neuen Bundesländer muss das deutsche Parlament ein Investitionsvorranggesetz Ost beschließen.*

*Quelle: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin / G. Schneider*

Umwelt-, Planungs- und Baubereich zu kommen, um Ostdeutschland zur einer Innovationsregion zu machen.

Zwar haben mehrere Bundesländer bereits damit begonnen, durch Verwaltungsmodernisierung und so genannte ‚Investitionserleichterungsgesetze‘ investitionshemmende Rege-

lungen auf Landesebene zu überprüfen und abzubauen. Die Landesgesetzgeber stoßen aber sehr schnell an Grenzen, wenn es darum geht, zu grundlegenden zeit- und kostensparenden Vereinfachungen zu kommen, die Investitionen tatsächlich beschleunigen, da wesentliche Bereiche häufig bundesgesetzlich geregelt sind. Die gut gemeinten „Investitionserleichterungsgesetze“ der Länder greifen deswegen häufig zu kurz. Deshalb muss der Bundesgesetzgeber, wie von den Spitzenverbänden gefordert, in einem „Investitionsvorranggesetz“ den Raum für Regelungen schaffen, die es den Ländern ermöglicht, von Bundesgesetzen abzuweichen und den jeweiligen wirtschaftlichen Erfordernissen angepasste eigene Regelungen zu vereinbaren. Einzelne ausgewählte Verfahrenserleichterungen in den jeweiligen Ländern reichen dabei nicht aus. Im Rahmen dieses Investitionsvorranggesetzes sollten vielmehr umfassende Öffnungs- bzw. Experimentierklauseln geschaffen werden, die den neuen Ländern für einen befristeten Zeitraum bezogen auf die investiven Rahmenbedingungen eine weitgehende gesetzgeberische Eigenverantwortung ermöglicht.

Ein Gesetz, welches in den vergangenen Jahren eine ähnliche Wirkung entfaltet hat, ist das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz. Dieses Gesetz hat ganz maßgeblich den raschen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland in den letzten 14 Jahren ermöglicht. Obwohl diese positive Wirkung auch durch einen Bericht der Bundesregierung bestätigt wird und in einer Bundesratsinitiative eine Verlängerung des Gesetzes beschlossen wurde, hat der Verkehrsausschuss des Bundestages keine Verlängerung des Gesetzes über 2004 hinaus empfohlen. Hier fordern wir von Bundestag und Bundesregierung ein Umdenken, so dass dieses in der Vergangenheit wichtige Gesetz verlängert werden kann.

Die Unternehmensverbände aus den neuen Bundesländern und Berlin haben bereits im

September 2003 ihr Memorandum „Mehr wirtschaftliche Freiheit im Osten“ vorgelegt. Sie fordern die Bundesregierung und die Bundesländer auf, die Voraussetzungen zu schaffen, investitionshemmende Vorschriften durch vereinfachende und zeitsparende Regelungen auf Landesebene zu ersetzen.

#### **4.6. Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt**

Um wirtschaftlich aufzuholen, sind die Unternehmen in den neuen Bundesländern generell auf mehr Flexibilität und weniger Bürokratie im Bereich Arbeitsmarkt und Personalwesen angewiesen. Allerdings verhindern die derzeit bestehenden Arbeitsmarktregulierungen in Deutschland wie z.B. beim Kündigungsschutz nicht nur, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden, sie bewirken gleichzeitig, dass die Unternehmen auf veränderte Marktbedingungen nur verzögert reagieren können.

Mit der so genannten Hartz-Reform der Regierung am Arbeitsmarkt sollte daher der Arbeitsmarkt in Teilen dereguliert werden, um im Ergebnis die Beschäftigtenzahlen zu heben. Allerdings sind die bisher erprobten Herzstücke der Hartz-Reform, wie die Einrichtung von Personal-Service-Agenturen oder die Einrichtung eines virtuellen Arbeitsmarktes, weitgehend ohne Wirkung geblieben.

Weitere Änderungen der Reform, wie die Anhebung des Schwellenwertes beim Kündigungsschutz-Gesetz, die Vereinfachung der Kriterien bei der Sozialauswahl, die Einführung einer Abfindungsoption bei betriebsbedingten Kündigungen oder die Änderungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes für Existenzgründer gehen in die richtige Richtung, sind jedoch nicht ausreichend.

Deswegen fordern die Wirtschaftsverbände insbesondere bei der Befristung von Arbeitsverhältnissen für kleine und mittlere Unternehmen die Übernahme der Regelung, die bereits jetzt für Existenzgründer gilt. Darüber hinaus sollten die Schwellenwerte beim Kündigungsschutz deutlich heraufgesetzt werden. Auch der generelle Teilzeitananspruch im Teilzeit- und Befristungsgesetz erweist sich als Einstellungshindernis. Die neuen Bundesländer sollten deshalb durch eine entsprechende Öffnungsklausel davon abweichen können und Änderungswünsche von Beschäftigten einvernehmlich durch die Betriebsparteien gelöst werden. Ein wichtiger Standortvorteil in den neuen Bundesländern ist dabei die längere Arbeitszeit von 38 Wochenstunden in der Metall- und Elektroindustrie gegenüber 35 Wochenstunden in Westdeutschland.

Das Arbeitszeitgesetz sieht schon heute in einem begrenzten Umfang abweichende Regelungen vor. So kann die Produktion auch an Sonn- und Feiertagen genehmigt werden, wenn eine Produktionsunterbrechung zu technischen Schwierigkeiten führt. Zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern sollte die Bundesregierung den Landesregierungen der neuen Länder durch Rechtsverordnung ermöglichen, in weitgehender Eigenverantwortung eigene Bestimmungen zur Arbeitszeitgestaltung und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für flexible Arbeitszeiten festzulegen.

## 5. Ausblick

Rund 14 Jahre nach Fall der Mauer und einer fast ebenso langen Zeit einer aktiven Wirtschaftsförderungspolitik in den neuen Bundesländern war es notwendig, die bisherige Wirtschaftsförderungspolitik des Aufbau Ost auf den Prüfstand zu stellen und kritisch zu hinterfragen.

In der Analyse dieser Politik sind die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft dabei zu der Einschätzung gekommen, dass – entgegen der öffentlichen Wahrnehmung – insbesondere beim Aufbau der Industrie nennenswerte Erfolge zu verzeichnen sind. Mittlerweile sind, ausgehend von einer veralteten und international nicht konkurrenzfähigen industriellen Basis, zahlreiche neue, wettbewerbsfähige, innovative und international tätige Unternehmen in den neuen Ländern entstanden. Dennoch reicht die Wirtschaftskraft dieser Unternehmen nicht aus, für eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland zu sorgen.

Bei der Bewertung der Förderpolitik des Aufbau Ost kommen die Spitzenverbände zu dem Ergebnis, dass es nicht angeraten ist, bewähr-

te Instrumente der Förderpolitik über Bord zu werfen. Statt dessen muss es vielmehr darum gehen, den Schwerpunkt der Förderung noch mehr auf den Ausbau der Infrastruktur und auf die stärkere Förderung von unternehmensbezogener Wissenschaft und Forschung zu legen und die Förderinstrumente in diese Richtung zu modifizieren. Darüber hinaus müssen zahlreiche bürokratische Regelungen abgebaut und der Arbeitsmarkt flexibler gestaltet werden, um den Mittelstand zu stärken und Arbeitssuchenden den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Als Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft fordern wir die EU-Kommission, die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, diese besondere Rolle Ostdeutschlands bei ihren wirtschaftspolitischen und förderpolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Insgesamt sind wir fest davon überzeugt, dass – auch vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung – Deutschland insgesamt nur mit einem wirtschaftlich starken und wachsenden Ostdeutschland die Chance hat, im härter werdenden Standortwettbewerb zu bestehen.

# 6. DIE SPITZENVERBÄNDE IM ÜBERBLICK

## **Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.**

Am Schillertheater 2  
10625 Berlin  
Präsident: Gerd v. Brandenstein  
Hauptgeschäftsführer: Dr. Hartmann Kleiner  
Telefon: (030) 310 05-0  
E-Mail: [uvb@uvb-online.de](mailto:uvb@uvb-online.de)  
Internet: [www.uvb-online.de](http://www.uvb-online.de)

## **Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V.**

Eckdrift 93  
19061 Schwerin  
Präsident: Klaus Hering  
Hauptgeschäftsführung: Dr. Thomas Klischan, Lothar Wilken  
Telefon: (03 85) 63 56-100  
E-Mail: [info@vumv.de](mailto:info@vumv.de)  
Internet: [www.vumv.de](http://www.vumv.de)

## **Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V.**

Washingtonstr. 16/16a  
01139 Dresden  
Präsident: Wolfgang Heinze  
Hauptgeschäftsführer: Dr. Andreas Winkler  
Telefon: (0351) 255 93-0  
E-Mail: [vsw@hsw-mail.de](mailto:vsw@hsw-mail.de)  
Internet: [www.vsw-direkt.de](http://www.vsw-direkt.de)

## **Landesvereinigung der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e.V.**

Lorenzweg 56  
39128 Magdeburg  
Präsident: Dr. Helge Fänger  
Hauptgeschäftsführer: Klaus Liedke  
Telefon: (0391) 5 98 171-0  
E-Mail: [info@lvsa.org](mailto:info@lvsa.org)  
Internet: [www.lvsa.org](http://www.lvsa.org)

## **Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.**

Lossiusstraße 1  
99094 Erfurt  
Präsident: Walter Botschatzki  
Hauptgeschäftsführer: Lotar Schmidt  
Telefon: (0361) 67 59-0  
E-Mail: [info@vwt.de](mailto:info@vwt.de)  
Internet: [www.vwt.de](http://www.vwt.de)

# 7. DIE AUFGABEN DER SPITZENVERBÄNDE

Die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft sind die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in den neuen Bundesländern. Sie sind gleichzeitig die Landesvereinigungen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

## **Eine starke Interessenvertretung:**

Die Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft setzen sich für die Interessen der Wirtschaft gegenüber der Politik – insbesondere der Landespolitik –, Gewerkschaften, Behörden und Institutionen ein. Sie wirken bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen mit in den Bereichen Wirtschafts-, Bildungs-, Umwelt- und Hochschulpolitik. Die Spitzenverbände sind auch zuständig für die Benennung der Arbeitgebervertreter in den Verwaltungsaus-

schüssen der Agenturen für Arbeit. Außerdem benennen sie die ehrenamtlichen Richter in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit und vertreten die Arbeitgeberinteressen in den Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) und Landesversicherungsanstalten (LVA).

Unsere Aufgaben für unsere Mitgliedsverbände umfassen ständig aktuelle Informationsdienste über Gesetzesänderungen, wie z.B. zur Förderpolitik, Sozialgesetze und zur Arbeitsmarktpolitik. Wir stellen Kontakte zwischen Hochschule und Wirtschaft für den Personal- und Technologietransfer her. Außerdem bilden wir für unsere Unternehmen ein breites Netzwerk durch Unternehmerforen und Veranstaltungen sowie Gesprächskontakte zwischen Politik, Verwaltung und Verbänden und deren Mitgliedsunternehmen.

## **Fußnoten**

<sup>1</sup> Einschließlich Berlin

<sup>2</sup> Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“

<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt

<sup>4</sup> Verband der Automobilindustrie, Jahresbericht 2003

<sup>5</sup> Anteil der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen, BMWA

<sup>6</sup> Wirtschaftsdaten neue Länder, BMWA, Stand: Januar 2004

<sup>7</sup> Institut der deutschen Wirtschaft, iwv, Januar 2004

<sup>8</sup> Siebte Welle des Betriebspanels Brandenburg, 2003

<sup>9</sup> ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München (Niederlassung, Dresden), Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen, 2004

<sup>10</sup> VDA, Zukunft des Automobil-Standortes Deutschland 2003

<sup>11</sup> ZAB, Der Standort Brandenburg: Eine Alternative zur Auslandsverlagerung, 2004

<sup>12</sup> Europäische Kommission, Fortschrittsbericht Polen 2002

<sup>13</sup> 2001

<sup>14</sup> Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003

<sup>15</sup> Für eine Kurskorrektur des Aufbau-Ost, Klaus von Dohnanyi/Edgar Most, 2004

<sup>16</sup> Ostdeutscher Bankenverband, INFOPORT 1/2004